

JOACHIM TESCH

Sind Konjunkturanalysen überflüssig wie der Schnee von gestern?

Nach einem kurzen Aufschwung 1994/95 ist die Produktion 1995/96 in Deutschland erneut eingebrochen. Die Zahl der Unternehmenspleiten und die Zahl der Arbeitslosen hat alle Nachkriegsrekordhöhen überschritten. Und nicht zuletzt ist zum wiederholten Mal nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern in ganz Deutschland der Verbrauch größer als das Produkt: Leistungs- und Zahlungsbilanzen sind seit mehreren Jahren negativ. Zyklisch wie die Konjunktur, so wechselt auch die allgemeine Stimmungslage – wenn nicht sogar extremer: war sie 1994 himmelhoch jauchzend, so ist sie seit Frühjahr 1995 zu Tode betäubt. Auch kritische Geister scheinen in dieser Beziehung nicht immun zu sein. Der kurzzeitige Aufschwung der Produktion verleitet manche linken Ökonomen, sich von der euphorischen Wahlkampagne der Regierungsparteien infizieren zu lassen – siehe u.a. Rudolf Hickel¹ und Hans-Joachim Höhme². Dem entsprach auch die Abstinenz in bezug auf eine gründlichere Analyse der Konjunktur im MEMO '95³. Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1994 ist auch für den Autor Anlaß, die eigenen Einschätzungen von damals⁴ kritisch zu überprüfen und nach neuen Entwicklungen zu fragen.

Die unerwartete Aufwärtsentwicklung im Jahre 1994 bestätigte, wie unsicher kurzfristige Konjunkturprognosen sind. Es handelt sich eben um keine Rechenaufgabe im Sinne einfacher Fortschreibungen. Die konjunkturelle Entwicklung bleibt ein komplexer Prozeß, in dem sich ökonomische Gesetzmäßigkeiten über viele Zufälligkeiten, Erwartungshaltungen von Wirtschaftssubjekten und außerökonomische Faktoren (1994 auch über die Psychosen des Wahljahres) durchsetzen. Insbesondere sind offensichtlich im Gegensatz zu den Grundtendenzen der Entwicklung die Ereignisse und Wendepunkte zeitlich nicht genau voraussehbar, desgleichen nicht exakt die Ausmaße der Veränderungen. Es herrscht die Neigung vor, den jeweiligen Trend fortzuschreiben, den optimistischen wie den pessimistischen.

Die generellen Prognoseunsicherheiten wurden 1994/95 durch spezifische in der Datenlage verschärft: Erstens wurde die bundesdeutsche Produktionsstatistik auf die Vorschriften der EU-Statistik umgestellt; das führte auch dazu, daß die Angaben über Auftragsengänge und Erzeugung im produzierenden Gewerbe im ersten Halbjahr 1994 viel später als sonst zur Verfügung standen und sich Brüche in den Zeitreihen ergaben – die Folgen für die Konjunkturprognosen glichen einem Blindflug. Zweitens wurde ab 1995 auf

Joachim Tesch – Jg. 1933; 1952-1961 Studium der Industrieökonomik und Promotion zum Dr. rer. oec. an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961-1971 leitende ökonomische Funktionen in Berliner Baubetrieben und im Ministerium für Bauwesen der DDR; 1972-1994 Professor an der TH Leipzig, zuletzt für Volkswirtschaftslehre (Makroökonomik).

»Das Ende einer Rezession ist niemals leicht zu prognostizieren...«
John Kenneth Galbraith:
Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992, S. 185.

die Erfassung des innerdeutschen Warenverkehrs und auf partielle innerdeutsche Unterscheidungen verzichtet; insbesondere wird die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts bzw. Bruttosozialprodukts nicht mehr nach Ost und West getrennt erfaßt und ausgewiesen.

Einige der 1994 offenen Fragen lassen sich heute beantworten; andere sind ungelöst bzw. tauchen in anderer Gestalt wieder auf. Im folgenden werden ausgewählte Aspekte betrachtet.

Die Dauer der zyklischen Krise 1992 – 1994

Die Frage nach der Dauer einer zyklischen Krise erfordert vor allem klare Kriterien für den Beginn des Aufschwungs. Entsprechend dem vorherrschenden Standpunkt, den Wirtschaftszyklus primär mit der realen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu identifizieren, ergibt sich für Westdeutschland (Siehe Bild 1⁵). Der Abschwung bzw. die Rezession setzte im zweiten Quartal 1992 ein. Der untere Wendepunkt des Zyklus lag im ersten Quartal 1993. Nach mehr oder weniger ausgeprägter Stagnation im Jahre 1993 war ab Anfang 1994 erstmals wieder eine deutliche Zunahme gegenüber dem Vorquartal zu verzeichnen. Damit ist das Ende der Depression erreicht, die Belebung setzte ein, aber im strengen Sinne noch nicht der Aufschwung. Sogar das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) räumte am 18. Oktober 1994⁶ ein, daß der Aufschwung eigentlich erst beginnt, wenn die vorhergehende Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts kompensiert ist, also das Bruttoinlandsprodukt wieder über seinem letzten Höchststand liegt. Das war erstmalig im dritten Quartal 1994 der Fall! Seine Einsicht offenbarte das BMWi zwei Tage nach den Bundestagswahlen, als die Regierungsparteien schon Monate lang mit dem »Aufschwung« euphemistisch Wahlkampf betrieben hatten. Die Sprachregelung, eine Belebung bereits als Aufschwung zu preisen, paßt zur bewußten Verdrängung des Terminus Depression für die Talsohle des Zyklus (hier vom ersten bis vierten Quartal 1993). Inwieweit sich in 1994 Politik und Ökonomie wechselseitig bedingten und regierungsoffizieller Optimismus gegebenenfalls die wirtschaftliche Belebung psychologisch angeregt und damit verstärkt hat, ist analytisch naturgemäß nicht gesondert nachweisbar.

Mit der Bestimmung des Endes der zyklischen Krise läßt sich auch die Frage nach ihrer Dauer beantworten: Der vorhergehende Höchststand der Produktion wurde nach 10 Quartalen wieder erreicht bzw. überschritten. Das deckt sich mit der Feststellung, daß die Wachstumsraten im Zeitraum von 10 Quartalen rückläufig bzw. negativ waren. Somit dauerte die Produktionskrise etwa zweieinhalb Jahre.

Die Entwicklung 1995/96 und das konjunkturelle Grundmuster

Die Entwicklung der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts 1995/96 entspricht – was angesichts des öffentlichen Erschreckens über den neuerlichen Einbruch verwundern mag – einem seit Jahrzehnten existenten und von der ökonomischen Wissenschaft Ende der achtziger Jahre beschriebenen Grundmuster: Auf dem Hintergrunde einer langfristig tendenziellen Abflachung des Wachstums vollziehen sich die zyklischen Veränderungen der Wachstumsraten

Die typische M-Form der Wachstumszyklen »besagt, daß an den äußeren Grenzen des Zyklus ein scharfes Auf und Ab der Wachstumsraten steht. Dazwischen liegt eine schwächere Abwärts- und anschließend

– wie von Helmstädter beschrieben – in einer M-Form⁷; er hat die Wachstumszyklen des Bruttoinlandsprodukts von 1950 bis 1988 mit Hilfe vierteljährlich gleitender Wachstumsraten empirisch-statistisch untersucht und in M-Form dargestellt. Helmstädter konstatierte damals bereits, daß die Bewegung der beiden mittleren Phasen an Kontur verliert und zur »Waschbrettkonjunktur« tendiert, und er hob die Bedeutung des M-Musters für die Konjunkturprognose hervor.

Die M-Form ist selbst in der einfachen Darstellung der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Westdeutschland nach Kalenderjahren – siehe Bild 1 – erkennbar.

eine ebensolche Aufwärtsbewegung. Die Schwankungen der Wachstumsraten verlaufen also nicht wellenförmig, sondern in einer Abfolge von M-förmigen Mustern von jeweils vier zu unterscheidenden Phasen.« Ernst Helmstädter: Die M-Form des Wachstumszyklus, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1989, Bd. 206/4-5, S. 387.

[Bild 1]

In dem hier abgebildeten Zeitraum erscheinen die M-Muster für die Zyklen 1967/75, 1975/82, 1982/93 (letzterer Zyklus beeinflusst durch den zusätzlichen Vereinigungsboom). Der Rückschlag 1995/96 scheint erneut die Theorie der »M-Form« zu bestätigen. Danach wäre wohl in einzelnen Quartalen, nicht aber mit einem absoluten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 1996 insgesamt zu rechnen; nach einer weiteren Verringerung der Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr ist dann zunächst erst wieder ihre zeitweilige Zunahme wahrscheinlich. Im ersten Quartal d.J. war das Ende der Zwischenkrise noch nicht in Sicht, da die Auftragsengänge von November 1995 bis Januar 1996 gegenüber den Vormonaten zwar annähernd gleich blieben, aber im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um ca. sieben Prozent niedriger lagen.

Folglich könnte der Rückgang 1995/96 (ähnlich 1963, 1971, 1977 und 1987) als eine Zwischenkrise gewertet werden, verharmlosend von den Regierungsoptimisten und ihrem Anhang »Wachstumsdelle« »Wachstumsschwäche« »Konjunkturflaute« o.ä. genannt – typische Beispiele für sprachliche Verharmlosung oder Verdunkelung der wirklichen Sachverhalte.

Die Einbindung Ostdeutschlands in den Konjunkturzyklus

Entgegen allen Wunschträumen und schönen Reden, daß der Aufschwung Ost an Fahrt gewänne, war das Produktionswachstum in Ostdeutschland im Jahre 1995 erstmals deutlich geringer als in den Vorjahren. Aber nicht nur das; wie das Bild 2 zeigt, setzt sich jetzt auch in der Veränderung der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts ein dem westdeutschen Muster ähnlicher Verlauf durch.

[Bild 2]

In beiden Landesteilen ist ein erheblicher Anstieg der Wachstumsraten vom vierten Quartal 1993 zum ersten Quartal 1994 zu verzeichnen, von dort aus gibt es graduelle Erhöhungen bis zum vierten Quartal 1994, danach schrittweise Verringerungen, die voraussichtlich im Laufe des Jahres 1996 entsprechend dem generellen M-Muster zunächst wieder von Zunahmen der Wachstumsraten abgelöst werden – bis zur nächsten zyklischen Krise. Damit und dem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit ist offensichtlich geworden: Die ostdeutsche Wirtschaft ist trotz ihres noch niedrigen Niveaus zunehmend in den gesamt- bzw. westdeutschen Konjunkturzyklus eingebunden; ihre Veränderungsraten entwickeln sich nicht mehr eigenständig, sondern in größerer Abhängigkeit gleichgerichtet. Was das für die Verfestigung der ostdeutschen Dependenzökonomie auf niedrigem, sich nicht selbsttragenden Niveau zu bedeuten hat, soll hier nicht weiterverfolgt werden. Es sei nur festgestellt, daß mit der einsetzenden Synchronisation der Raten des BIP die Analyse der konjunkturellen Entwicklung nunmehr für Gesamtdeutschland – unter Einbeziehung von Ostdeutschland – erfolgen kann.

Beschäftigung und Beschäftigungspolitik: Fortsetzung charakteristischer Prozesse

Trotz des zeitweiligen Aufschwungs 1994/95 haben sich für die kapitalistische Ökonomik ab Mitte der siebziger Jahre charakteristische Prozesse, wie die Abflachung des Wachstums und die Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit fortgesetzt (siehe Bild 3):

[Bild 3]

Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 1994 war in der Höhe zwar unerwartet, fiel aber dennoch schwächer aus, als das nach früheren zyklischen Krisen der Fall war (vgl. Bild 2). Die strukturell bedingte tendenzielle Abschwächung des langfristigen Wirtschaftswachstums setzt sich also fort. Demzufolge ging 1994/95 unter den Bedingungen der auf Kapitalverwertung und Wachstum fixierten Wirtschaftspolitik die Zahl der Arbeitslosen nur ganz leicht zurück, aber es trat kein grundlegender Umschwung ein – die Zunahme der Produktion reichte nicht aus, um die Arbeitslosigkeit auf das Niveau vor der Krise 1993/1994 zurückzuführen; die schon hohe Sockelarbeitslosigkeit wurde erneut verfestigt und verstärkt. Das entspricht den damaligen Grundeinschätzungen. Die Arbeitslosigkeit stieg seit Anfang 1995 wieder von Quartal zu Quartal und überschritt Anfang 1996 bereits das letzte Maximum (I/1994).

Die Zahl der Erwerbstätigen ging 1995 insgesamt zurück. Bei den Beschäftigten ist nach den Erfahrungen aus den zyklischen Krisen der siebziger und achtziger Jahre frühestens nach fünf bis sechs Jahren der vorhergehende Höchststand zu erwarten.

Noch eine Erläuterung zu einem scheinbaren Widerspruch im Laufe des Jahres 1994: Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt nahm seit Anfang des Jahres 1994 trotz Aufschwung der Produktion de facto nicht zu, sondern stagnierte. Dagegen nahm die ausgewiesene Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1994 ab. Wie kann aber bei gleichbleibender Zahl der Beschäftigten gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen? Das Rätsel wurde bereits 1994 vom DIW Berlin gelöst⁸: Insbesondere in den Monaten vor den Bundestagswahlen wurden verstärkt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bewilligt. Auf diese Weise zumindest optisch sinkende Arbeitslosenquoten dienten auch der Manipulierung der Wähler.

Die Entwicklung der Nachfrage bleibt bestimmend

Für eine alternative Wirtschaftspolitik sind zwar letztlich die dauerhaften Prozesse entscheidend, aber für die aktuelle Politik kann

das kurzfristige Auf und Ab nicht außer acht gelassen werden. Die jeweiligen Erscheinungsformen des Grundmusters sind konkret zu bestimmen.

Der Aufschwung 1994/95 war vor allem exportinduziert. Die Konjunktur außerhalb Westeuropas belebte die ausländische Nachfrage. Außerdem beförderte die Zinsentwicklung eine Zunahme der Investitionen. Der Abschwung 1995 wurde im ersten Quartal bzw. Halbjahr von drei Schocks für die internationalen Finanzmärkte (wenn auch unterschiedlichen Ausmaßes und unterschiedlicher Wirkung) begleitet: die heftigen Währungsturbulenzen, insbesondere der Kursverfall des Dollars, mit großen Diskrepanzen zwischen Devisenkursen und Kaufkraftparitäten; die Mexiko-Krise und der Kollaps der Barings-Bank. In Deutschland verstärkte sich 1995/96 die Gefahr einer Immobilienkrise; der Fall Schneider war möglicherweise nur das Menetekel. Betroffen wären vor allem Kapitalanleger aus Westdeutschland, die ihr Geld in ostdeutschen Immobilien mit völlig überhöhten Renditevorstellungen angelegt haben. Angesichts wachsender Leerstände bei Büroräumen und Wohnungen im teuren Marktsegment liegen die Mieten erheblich unter den ursprünglichen Erwartungen, und da sie weiter fallen, ist in der Immobilienbranche mit zahlreichen Zusammenbrüchen zu rechnen. Zumindest wachsen die Risiken für den Konjunkturverlauf: Die Bauinvestitionen verlieren ihre Rolle als Konjunkturmotor. Die Auftragseingänge für die Bauwirtschaft gehen drastisch zurück – mit schwerwiegenden Folgen für diesen Bereich (siehe z.B. den Zusammenbruch des Maculan-Baukonzerns) und baunaher Bereiche der Volkswirtschaft (Rückgang der Zementproduktion u.a.m.).

Unternehmerorientierte deutsche Wirtschaftspolitiker behaupten mit Penetranz, daß die Ursachen für alle diese unerfreulichen Entwicklungen in zu hohen Kosten für die Arbeitskraft lägen. In Wirklichkeit bewegen sich die Lohnstückkosten in Deutschland im internationalen Mittelfeld⁹; der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen ist seit Mitte der achtziger Jahre nennenswert gesunken, der aus Unternehmertätigkeit und Gewinnen entsprechend gestiegen. Während die verfügbaren Einkommen aus abhängiger Arbeit real kaum anstiegen, machten sie bei den Selbständigen (ohne Landwirte) große Sprünge nach oben. Und entgegen der Propaganda der Regierung sowie der Unternehmerverbände verwandelten sich die wachsenden Gewinne nicht in neue Arbeitsplätze, sondern eher in Spekulationsgelder auf den globalen Finanzmärkten.

Das alles bestätigt die Aussage der an Keynes orientierten Wirtschaftstheorie: »Bei gegebenem Preisniveau werden Realeinkommen (und Beschäftigung) durch die effektive Nachfrage determiniert.«¹⁰ Letztlich bleiben die güterwirtschaftlichen Prozesse und die von ihnen ausgehenden Nachfrageimpulse entscheidend. Deshalb werden im folgenden die Hauptaggregate der Nachfrage und der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts – der Export, die Investitionen und der Verbrauch – betrachtet (siehe Bild 4).

»Das Grundmuster einer Rezession oder Depression liegt, aus was für Gründen auch immer, in einem Rückgang der Nachfrage oder Kaufkraft – nach Kapitalgütern, Verbrauchsgütern und Dienstleistungen. Daraus resultiert ein Rückgang von Produktion und Beschäftigung sowie ein kumulativer Effekt, weil Verbraucher und Unternehmen

[Bild 4]

feststellen, daß ihre Kaufkraft abnimmt und sich entsprechend verhalten.«
John Kenneth Galbraith:
Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992, S. 101.

Export und Außenhandel

Der Export war 1994 der Anstoß und die entscheidende Triebkraft für die konjunkturelle Belebung: Seine Wachstumsraten stiegen am kräftigsten (siehe Bild 4). Diese Wirkung büßte er im Laufe des Jahres 1995 weitgehend ein. Die Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar und die Konjunkturschwäche wichtiger Zielländer wirkten sich hemmend aus. Bezüglich des letztgenannten Faktors erweist sich der zeitliche Versatz der deutschen Konjunktur, der sich aus dem Einigungsboom ergab, jetzt als Nachteil. Der deutsche Konjunkturzyklus bewegt sich gewissermaßen in der zweiten Staffel.¹¹ Wenn die Konjunktur in Exportzielländern früher einsetzte und z.T. bereits ihren Höhepunkt überschritten hat, stößt die verzögerte deutsche Expansion in deren Abschwungphase mit verringerter Importbereitschaft.

Dagegen waren andere unter der Flagge des tatsächlichen oder vermeintlichen Standortproblems immer wieder vorgebrachten Argumente von geringerer Bedeutung. Das gilt insbesondere für die Höhe der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich; wie auch das Jahr 1995 demonstrierte: Mühselig erkämpfte Vorteile bei den Lohnstückkosten werden sehr schnell von Verlusten durch die Aufwertung der DM wettgemacht. Bei flexiblen Wechselkursen kann offensichtlich kein Land im Alleingang durch Kostensenkungen zu Lasten anderer auf Dauer gewinnen; im Gegenteil: Die an einem solchen Kampf beteiligten Länder steuern schneller auf eine Weltwirtschaftskrise zu. Letzterer Faktor ist z.T. erheblich unterschätzt oder zumindest in der Öffentlichkeit unterbewertet worden; beim Schlingern besonders exportabhängiger Unternehmen (wie im Beispiel der DASA erkennbar) dürfte er schwerer als einzelne Managementfehler wiegen.

Bei alledem darf die Notwendigkeit des Exportes und eines Handelsbilanzüberschusses für Deutschland nicht negiert werden. Sie ergibt sich aus der Gesamtsicht der Leistungs- und der Zahlungsbilanz: Die Defizite aus der Dienstleistungsbilanz (insbesondere infolge der lebhaften Auslandstouristik der Deutschen) und aus der

Übertragungsbilanz (insbesondere wegen der Zahlungen für die Vereinten Nationen und ihre Organisationen) lassen sich nur durch Überschüsse im Außenhandel ausgleichen; nur so können die Schulden im Ausland auf Dauer bezahlt werden. Die Defizite in den Leistungsbilanzen der letzten Jahren zehrten an der Substanz des deutschen Auslandsvermögens und nötigten zur Aufnahme von Auslandskrediten. 1995 gelang es immerhin, durch einen gewachsenen Handelsbilanzüberschuß das Defizit in der Leistungsbilanz zu verringern. Die eigentlichen Probleme und Rückstände bei der weiteren Sicherung auch der zukünftigen Exportfähigkeit der deutschen Unternehmen bestehen in der Erschließung neuer Märkte in Wachstumsregionen (so in Asien und in Osteuropa) sowie in der Entwicklung und Herstellung technisch und technologisch höherwertiger Produkte, deren Verkaufserlöse zugleich die Löhne für qualifizierte Fachkräfte decken.

Da auch aus alternativer Sicht eine ausgeglichene Außenwirtschaftsbilanz längerfristig unerläßlich ist, zugleich aber auf eine aggressive Exportpolitik verzichtet und aus ökologischen Gründen die Produktion stärker regionalisiert werden sollten, müßte diese komplexe Politik mit einer Verringerung der Importe bestimmter Güter einhergehen.

Wenn die konjunkturellen Impulse aus dem Außenhandel nachlassen, kommt es stärker auf die inländische Nachfrage an; um so erschreckender sind in diesem Zusammenhang der mangelnde Willen und die Konzeptionslosigkeit der offiziellen Wirtschaftspolitik.

Anlageinvestitionen

Die Dynamik der Investitionstätigkeit ist nach vorherrschender Auffassung der Konjunkturtheoretiker der bestimmende Prozeß für den Konjunkturzyklus. Das ist auch 1994/95 weitgehend der Fall gewesen, wie aus Bild 4 zu ersehen: 1994 wesentliche Trägerin der Belebung, in 1995 mit überaus schneller Verringerung der Wachstumsraten und Umkehrung im 4. Quartal entscheidend an der Ausprägung der neuen Zwischenkrise beteiligt. Dabei sind Ausrüstungs- und Bauinvestitionen deutlich zu unterscheiden (siehe Bild 5).

[Bild 5]

Der Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen war in der Krise 1992–1994 tiefer als je zuvor: Im zweiten Quartal 1993 lag ihr Niveau fast 20 Prozent unter dem des Vorjahresquartals. Und erst im dritten Quartal 1994 – nach zehn Quartalen – wurde das Zeichen vor der Veränderungsrate wieder positiv. Der entscheidende Faktor für diesen Umschwung war die Auslandsnachfrage; von dieser profitierte besonders die deutsche Ausrüstungsindustrie, was zunächst auch wieder Ausrüstungsinvestitionen in diesen Zweigen anregte. Dieser Prozeß wurde finanziell durch zunehmende Gewinne und fallende Zinsen gefördert. Beide Einflüsse dürfen nicht überbewertet werden; entscheidend bleibt – neben den Rationalisierungsmotiven – die erwartete Nachfrage und der Grad der Kapazitätsauslastung.

Der Vergleich mit den vorhergehenden Zyklen der Ausrüstungsinvestitionen gibt keinen Anlaß für besondere Euphorie. Die Entwicklungen von 1994 und 1995 lagen trotz des vorangegangenen extremen Einbruchs unter- bzw. innerhalb des bisher üblichen Rahmens. Auch die Analyse der Kapazitätsauslastung deutet nicht auf besondere Investitionsanreize hin: Die Auslastung des Produktionspotentials liegt nach den Spitzenwerten 1990 und 1991 mit fast 93 Prozent seit 1993 bis zu den Vorausschätzungen für 1995 bei etwa 85 Prozent, was auf größere Reserven verweist.¹² Möglicherweise veranlaßten die sich aus Unternehmensbefragungen des Jahres 1994 ergebenden höheren Erwartungen an die Kapazitätsauslastung im größeren Umfange Investitionen, die durch die tatsächliche Nachfrage nicht voll gerechtfertigt waren, in der Folge im Jahre 1995 nur kurzzeitig zu positiven Zuwachsraten und dann erneut zum Rückgang führten. Der neuerliche Zinsanstieg im ersten Quartal 1996 brems zusätzlich die Investitionstätigkeit.

Die Bauinvestitionen, insbesondere der Wohnungsbau, erwiesen sich in der zyklischen Krise 1992-94 als stabilisierender Faktor für Produktion und Beschäftigung; ihr Wachstum schwankte nur geringfügig, das Gesamtvolumen lag 1994 real 22 Mrd. DM über dem Niveau von 1991. 1995/96 büßten die Bauinvestitionen ihre stabilisierende Rolle ein; ihre Entwicklung ist seitdem ebenso wie bei den Ausrüstungsinvestitionen nach unten gerichtet (siehe Bild 5).

Kurzfristige fiskalische Entscheidungen wirken prozyklisch: Ohne Rücksicht auf die wohnungspolitischen Folgen wurden im Jahressteuergesetz 1996 die Abschreibungsbedingungen für neue Mietwohnungen mit einer spontanen Entscheidung so verschlechtert, daß Insider einen Ausfall von 80.000 Neubauwohnungen mit entsprechenden Verlusten an Bauarbeitsplätzen vorhersehen. In Ostdeutschland reduzieren die seit Mitte 1995 von den Wohnungsunternehmen zu leistende Bedienung der Altschulden (die Zahlungen sind größer als die mit dem Mietenüberleitungsgesetz 1995 möglichen Mieterhöhungen) sowie die neu eingeführte Kappungsgrenze für Modernisierungumlagen in Höhe von 3,00 DM/m² die Bauaufträge für Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes. Der Einbruch in der Baukonjunktur wird 1996 in Deutschland zu einem realen Rückgang des Bauvolumens gegenüber dem Vorjahr (mit neuen Rekorden der Anzahl von Unternehmenspleiten und arbeitslosen Bauarbeitern) und insgesamt zu einer Stagnation der Anlageninvestitionen führen.

Privater und öffentlicher Verbrauch

Der private Verbrauch hat den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt und ist die Grunddeterminante der Nachfrage. Seine Entwicklung verlief seit der zyklischen Krise 1992/94 erheblich langsamer als die des Bruttoinlandsprodukts (siehe Bild 4) und bremste so dessen Wachstum. In Westdeutschland stagnieren die realen Mas-seneinkommen seit Jahren; in Ostdeutschland hat sich ihre Zunahme nach zunächst nennenswertem Anstieg nunmehr deutlich verlangsamt. Im Jahresdurchschnitt 1995 betrug der reale Zuwachs des privaten Verbrauchs etwa ein Prozent – mit fallender Tendenz der Rate im zweiten Halbjahr, in dem die Realeinkommen der privaten Haushalte sanken. Seit Beginn des Jahres 1996 wirken widersprüchliche Faktoren: Einerseits führt die steuerliche Freistellung des Existenzminimums zu einer größeren Kaufkraft vor allem der Haushalte mit niedrigem Einkommen und demzufolge hoher Konsumquote. Andererseits wirken dem die höheren Beiträge zur Sozialversicherung (ab Mitte des Jahres auch zur Pflegeversicherung), die wachsende Zahl von Arbeitslosen und der Abbau sozialer Ansprüche stark entgegen. Da aus plausiblen Gründen auch bei Empfängern von Transfereinkommen (Arbeitslosengeld und -hilfe sowie Sozialunterstützung) die Sparquote niedrig und damit die Konsumquote hoch sind, schlägt jede Kürzung in diesem Bereich sofort auf die Nachfrage nach Konsumgütern durch. Welche Faktoren letztlich dominieren werden, bleibt fraglich. Die Verbraucher verhalten sich derzeit eher pessimistisch.

Die gleiche Unsicherheit gilt für die Entwicklung der Sparquote. Daß in den letzten Jahren die private Nachfrage nach Gütern und Leistungen nicht stärker zurückgegangen war, ließ sich mit dem Sinken der Sparquote der privaten Haushalte erklären. Mit Schwankungen in den einzelnen Quartalen 1995 zwischen 11,4 und 11,8 Prozent lag sie im langfristigen Vergleich bereits relativ niedrig. Ob die Verbraucher angesichts der sich akut verschlechternden allgemeinen wirtschaftlichen Lage vorsichtigerweise wieder mehr sparen, oder ob sie in der Hoffnung, daß es 1997/98 erneut bergauf gehen wird, bei ihrem jetzigen Sparverhalten bleiben, ist kaum vorherzusehen. Insgesamt kann nur mit geringen Zuwächsen des privaten Verbrauchs gerechnet werden.

Der Staatsverbrauch entwickelte sich ähnlich: Seit 1992 stieg er real von 585 auf 600 Mrd. DM. Seine Zuwachsraten lagen in der Nähe des Bruttoinlandsprodukts, im Jahre 1995 ebenfalls mit fallender Tendenz. Entgegen der ökonomischen Vernunft und obwohl kritische Wissenschaftler¹³ und Opposition wiederholt eine antizyklische Fiskalpolitik forderten, betreibt die Regierung wie meistens eine prozyklische Haushaltspolitik. Auch die im März 1996 – erstmalig in einem Jahr so früh – vom Bundesfinanzminister verhängte Haushaltssperre ist ein falsches Signal, weil sie die Abwärtsfahrt beschleunigt. Bei aller Notwendigkeit, dem weiteren Anwachsen der Staatsverschuldung entgegenzuwirken und die Staatsquote zu verringern, dürfte das nicht gerade in einer Abschwungphase erfolgen. Die in einer solchen Zeit unvermeidbaren Steuerausfälle sollten nicht durch Ausgabenkürzungen mit negativen Multiplikatoreffekten abgefangen, sondern durch Aufnahme von zusätzlichen

»Die Sparneigung kann als spezifische Form des Vorsorgeverhaltens interpretiert werden. ... Zukunftsangst bildet den mächtigsten Antrieb für vorsorgende Aktivitäten, und im Vorsorgemotiv ist ein eigenständiges Bedürfnis zu sehen. Es kann die Befriedigung der unmittelbaren lebenswichtigen Bedürfnisse zwar nicht verdrängen, wohl aber lebensunwichtige Konsumwünsche beiseiteschieben.«
Karl Georg Zinn: Die Wirtschaftskrise, Mannheim 1994, S. 71.

»Gegen Rezession oder Depression gibt es nur ein wirksames Mittel: Der Staat muß Maßnahmen zur ... Ausweitung der Konsum- oder Investitionsausgaben ergreifen.«
John Kenneth Galbraith: Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992, S. 103.

Kreditlen überbrückt werden. Der Abbau der Staatsschulden müßte dann in Aufschwungphasen erfolgen. Allerdings gehört zu einer solchen weitsichtigen Politik ein langer Atem, den regierende Parteien kaum aufbringen. Dazu wäre nicht nur eine antizyklische, sondern auch eine auf Strukturveränderungen gerichtete Wirtschaftspolitik notwendig.

Wie weiter?

Offensichtlich dauert die in der Mitte der siebziger Jahre ausgebrochene tiefe strukturelle Krise des kapitalistischen Produktions- und Regulierungssystems mit geringen Schwankungen (schwaches Wachstum, waschbrettförmige Entwicklung) an: Selbst in Zeiten des Aufschwungs wird keine Vollbeschäftigung mehr erreicht. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit gefährdet die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme.

Die etablierten Kräfte in Regierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften palavern über ein »Bündnis für Arbeit und Standortsicherung« sowie über Aktionsprogramme und hoffen, damit über die »Minirezession« hinwegzukommen, bis nach der Zwischenkrise wieder eine Belebung der Konjunktur einsetzt. Obwohl die Therapie untauglich ist, könnte nach dem bisherigen M-Muster des Zyklus der erneute »Aufschwung« voraussichtlich noch rechtzeitig genug vor den nächsten Bundestagswahlen 1998 einsetzen und verbunden mit Manipulationen der Arbeitslosenzahlen à la 1994 – wohl wieder den Wahlkampf der CDU/FDP-Regierung begünstigen.

In der Geschichte der Bundesrepublik gab es Wechsel in der Regierungskoalition nur, wenn Bundestagswahlen zeitlich mit Wirtschaftsabschwüngen bzw. -krisen zusammenfielen und umgekehrt: Vom Wirtschaftsaufschwung profitierte immer diejenige Parteienkoalition, die gerade die Regierung stellte... Schon Thomas Mann beschrieb in seiner Josephus-Trilogie, wie das ägyptische Volk dem Joseph bereits das erste reichliche Getreidejahr nach der großen Dürre zugutehielt, obwohl er vor der Ernte noch gar nicht in Amt und Würde war.¹⁴

Die Auswertung von Konjunkturanalysen und -prognosen für alternative bzw. linke Politik müßte sich sowohl mit aktuellen Vorschlägen einbringen als auch über den Charakter der offiziellen Wirtschaftspolitik aufklären. In diesem Klärungsprozeß könnten linke Oppositionsparteien wachsende wirtschaftspolitische Kompetenz erwerben und demonstrieren, was ihnen wiederum bei Meinungsumfragen und Wahlen zugute käme!

Wessen Interessen bedient die regierungsoffizielle Therapie?

Spätestens seit Keynes ist theoretisch bekannt, daß auch mit Unterbeschäftigung ein relativ stabiles wirtschaftliches Gleichgewicht möglich ist. Im Wissen darum scheuen Unternehmer und Vermögensbesitzer heute nicht mehr davor zurück, langanhaltende Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen. Im Gegenteil, sie kommt ihren Interessen entgegen (solange sie nicht das System als Ganzes sprengt). Mit dem Ziel der Gewinnmaximierung wird den Unternehmern damit der Druck auf die Löhne erleichtert.

Den Interessen insbesondere von Geldvermögensbesitzern dient

»Das Denken des Volkes war ehrwürdig-ungereimt von je und ist es geblieben. Es ist instande zu folgern, daß ein Landwirtschaftsminister, der in einem Jahr guter Fruchtbarkeit eingesetzt wird, ein guter Landwirtschaftsminister sein müsse.«

Thomas Mann: Joseph und seine Brüder, Dritter Band: Joseph, der Ernährer, Berlin und Weimar 1972, S. 235.

»Politisch gesehen wird oft unterschätzt, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern diejenigen, die sichere Einkommen haben – wie die öffentlich Bediensteten, die Akademiker, die Freiberufler – mehr von der Inflation als von der Arbeitslosigkeit zu befürchten haben. Außerdem gibt es in den ökonomisch entwickelten Staaten eine ausgeprägte Klasse von Rentiers, d.h. Empfängern von Finanzeinkommen, deren Einkommen abhängt vom Zinsniveau, die deshalb höhere Zinsen geradezu herbeisehnen. Deren Interessen sind immer höhere Zinsen bei fallenden Inflationsraten. Ich wiederhole: Arbeitslosigkeit ist deren Bier überhaupt nicht.«
John Kenneth Gallbraith im Interview »Angst vor Inflation«, in: Sozialismus, H. 3-95, S. 50.

»Mit der Regulationskrise seit Mitte der siebziger Jahre ist abermals eine noch andauernde geschichtlich offene Situation mit Chancen für tiefgreifenden sozialen Wandel und mit extremen Bedrohungen für den Fall des Verspielens dieser Möglichkeiten entstanden. Wiederum sind die

die auf Preis- und Geldwertstabilität gerichtete Politik von Bundesregierung und Bundesbank, indem damit der inflationären Entwertung der Geldanlagen entgegengewirkt und sichere Zinserträge gewährleistet werden. Da bei aller wachsenden Ungleichheit der Vermögensverteilung inzwischen auch die Mittelschichten (einschließlich gut verdienender Facharbeiter und Angestellter) über respektable Geldvermögen verfügen, kann sich die offizielle Politik breiter Unterstützung sicher sein. Das bedeutet aber – selbst wenn das Philips-Theorem nur eingeschränkt als gültig angesehen wird –, daß der Geldstabilität der Vorrang vor Vollbeschäftigung gegeben wird.

Zugleich behindert die Politik der Regierung die Durchsetzung der Interessen der Unternehmer und Vermögensbesitzer, ohne daß die meisten von ihnen das erkennen: Die Regierung handelt nach ihren betriebswirtschaftlichen Denkmustern, gerät aber gerade dadurch in die volkswirtschaftliche Rationalitätsfalle. Die im Interesse der Profitmaximierung verfolgte Politik der Lohnzurückhaltung, der Massenentlassungen, der Kürzung der Arbeitslosenhilfe und Sozialbezüge usw. usf. schränkt die kaufkräftige Nachfrage und den Absatz ein; auf diesem Wege wird schließlich die Realisierung neuer Gewinne verhindert. Die Anwendung betriebswirtschaftlicher Kriterien auf die gesamtwirtschaftliche Politik führt in die Abwärtsspirale: Lohnsenkungen in diesen Bereichen (wie auch Einsparungen an Transfereinkommen) führen über den Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in anderen Bereichen. Eine solche Politik verschafft nur einzelnen Unternehmen zeitweilige Vorteile im Kampf um höhere Marktanteile (wie auch den Beschäftigten in diesen Unternehmen zeitweilige Vorteile bei der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze).

Im Sinne des herrschenden Wirtschaftssystems wäre einiges mehr möglich und erforderlich, wie auch die wiederholt vom DIW Berlin an der Geld- und Fiskalpolitik geäußerte Kritik zeigt. Aber das liefe letztlich wieder auf eine Forcierung des Produktionswachstums hinaus. Das ist jedoch objektiv kaum möglich, da sich die tendenzielle Verlangsamung des Wachstums bzw. Verringerung der Wachstumsraten in den europäischen OECD-Staaten aus mehreren strukturellen Gründen fortsetzt: Sättigungserscheinungen in reifen Industriegesellschaften¹⁵ und Strukturwandel durch internationale Prozesse (verstärkt durch Verlagerung traditioneller Industriezweige in ostmittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften).

Eine weitere Forcierung des Produktionswachstums im Sinne bisheriger volkswirtschaftlicher Definitionen ist aber auch aus ökologischen Gründen nicht erstrebenswert, da es mit zu hohem Verbrauch nicht regenerierbarer Energie- und Stoffressourcen verbunden wäre. Um so wichtiger sind alternative Szenarien!

Nachhaltige Entwicklung statt Wachstum

Der Ausstieg aus dem bisherigen Wachstumspfad und der Übergang zu einem Modell »nachhaltiger Entwicklung« der Wirtschaft erfordern den ökologischen Umbau der Wirtschaft, u.a. mit entsprechenden Veränderungen des Steuersystems, indem die Nutzung natürlicher Ressourcen verteuert (Erhebung von Öko-

steuern) und die Arbeit billiger (Senkung der Lohnnebenkosten) gemacht werden.

Dabei ergeben sich einschneidende Konsequenzen für die Beschäftigung, da auch der früher erhoffte Ausweg über den Ausbau der Dienstleistungen nicht genügend Arbeitsplätze schafft, um den Abbau in den industriellen Bereichen kompensieren zu können: Zwar besteht die reale Steigerung des BIP in den letzten Jahren nur im Zuwachs an Dienstleistungen, aber die industrienahen Dienstleistungen befinden sich im Sog der Grundprozesse und die Computerisierung setzt auch Arbeitskräfte in informationsverarbeitungsintensiven Dienstleistungszweigen frei (z.B. in Banken durch telebanking). Aus diesen und weiteren Hemmungsfaktoren gegen die Expansion des Dienstleistungssektors sieht Zinn mit Recht das Risiko einer tertiären Krise.¹⁶

Deshalb muß sich eine verantwortungsbewußte, weitsichtige Wirtschaftspolitik auf ein insgesamt geringeres Wachstum der Produktion einstellen (was hohe Dynamik in innovativen Zweigen einschließt!). Unter diesen Bedingungen ergeben sich folgende Hauptrichtungen für das Erreichen einer stabilen Vollbeschäftigung¹⁷:

Erstens ist nicht nur ein Verzicht auf Überstunden erforderlich, sondern eine solch große Verkürzung der (Wochen-, Monats- und Jahres-) Arbeitszeit, daß die Pro-Kopf-Leistung trotz Rationalisierung langsamer als die Produktion steigt und auf diese Weise mehr Arbeitsplätze entstehen. Damit verbunden sind flexiblere Arbeits- und Betriebszeiten sowie ein nur teilweiser Lohnausgleich. *Zweitens* sind Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik miteinander zu verbinden und Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu subventionieren; das Ziel besteht darin, geförderte Arbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse münden zu lassen. Dazu sind die Tätigkeitsfelder zu bestimmen, die durch private Unternehmen trotz Bedarf ungenügend abgedeckt werden. *Drittens* ist ein gemeinnütziger, nicht-Profit-orientierter Arbeitssektor (insbesondere für soziale und kulturelle Dienste) auf- und auszubauen und öffentlich zu fördern.

Zu allem sind auf dem Wege der Umverteilung von oben nach unten zusätzliche Finanzquellen zu erschließen (Arbeitsmarkt- abgabe für diejenigen Erwerbspersonen, die nicht in der Arbeitslosenversicherung sind; einmalige Vermögensabgabe; höhere Erbschaftssteuern u.ä.). Zugleich ist die nach Tobin benannte Devisen-Umsatzsteuer gegen spekulative Kapitalströme einzuführen. Da die skizzierten Maßnahmen neue Nachfrageimpulse auslösen, wäre es am Ende kein Nullsummenspiel.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist politisch schwierig, da aus oben genannten Gründen praktisch ein Kartell derjenigen existiert, die (noch) Arbeit und Vermögen haben, und das faktisch alle Arbeitslosen und anderweitig Benachteiligten dieser Gesellschaft ausgrenzt. Diese aber artikulieren ihre Interessen nicht genügend und setzen sie nicht durch. Es gilt, neue politische Mehrheiten zu finden und auszugestalten.

Lernprozesse in einer ersten, gegenwärtig noch andauernden Phase von Reaktionen ... den heran- gereiften Problemen nicht adäquat.«

Dieter Klein: Offene Situation: Entweder Chance oder Chaos. In: Neues Deutschland, 6./7. August 1994.

»Der existentiell notwendige Wechsel von der Lebensstandardfixierung zur Orientierung auf die Lebensqualität muß aber von der (Wähler-)Mehrheit vollzogen werden, nur dann wird auch die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die heute historisch gebotenen Antworten auf die Probleme der reichen Volkswirtschaften geben.«
Karl Georg Zinn: Die Wirtschaftskrise, Mannheim 1994, S. 119.

1 Rudolf Hickel: Die Sache mit dem Aufschwung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1994, S. 1303ff.

2 Hans-Joachim Höhme: Konjunkturanalyse: Verstärktes Wachstum der Weltwirtschaft –

- gespaltener Aufschwung in Deutschland, in: Z, Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr.21, März 1995, S. 106ff.
- 3 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM '95, Köln 1995, S. 146ff.
 - 4 Joachim Tesch: Ungewisse Perspektiven der deutschen Wirtschaft – zur Krisensituation 1992 – 1994, in: UTOPIE kreativ, Nr. 45/46 (Juli/August 1994), S. 76ff.
 - 5 Die den Darstellungen zugrunde liegenden Daten wurden – soweit nichts anderes vermerkt – den DIW-Wochenberichten, Nr. 33/94, 30/95, 47/95, 1-2/96, 3/96 und 7/96 entnommen.
 - 6 BMWi Tagesnachrichten, Nr. 10237, Bonn, S. 2f.
 - 7 Ernst Helmstädter: Die M-Form des Wachstumszyklus, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1989, Bd. 206/4-5, S. 383ff.
 - 8 DIW: Beschäftigungsrückgang abgeschwächt, Wochenbericht, Nr. 40/94, S. 675ff.
 - 9 DIW: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung, Wochenbericht, Nr. 1/95, S. 22.
 - 10 Bernhard Felderer und Stefan Homburg: Makroökonomik und neue Makroökonomik, 4. Auflage, Springer-Verlag 1989, S. 131.
 - 11 Vgl. Hans-Joachim Höhme: Konjunkturanalyse..., a.a.O., S. 107f.
 - 12 Vgl. DIW: Auslastung des Produktionspotentials weiterhin auf niedrigem Niveau, Wochenbericht, Nr. 44/94, S. 758.
 - 13 Vgl. u.a. Bernhard Felderer und Stefan Homburg: Makroökonomik..., a.a.O., S. 178ff.
 - 14 Vgl. Thomas Mann: Joseph und seine Brüder, Dritter Band: Joseph, der Ernährer, Berlin und Weimar 1972, S. 228ff.
 - 15 Vgl. Karl Georg Zinn: Die Wirtschaftskrise, Mannheim 1994, S. 63ff.
 - 16 Vgl. ebenda, S. 90ff.
 - 17 Vgl. u.a. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM '96, Kurzfassung.